

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 28.11.2011, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 17.11.2011

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hinweis: Vor der öffentlichen Sitzung findet um 14:30 Uhr eine Begehung des Marktplatzes, des Kögel-Willms-Platzes und der Oldenburger Straße statt. Treffpunkt ist beim Pavillon auf dem Marktplatz.

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung**
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- TOP 3 6. Änderung Bebauungsplan 23 - Hankhausen
Vorlage: 2011/189**
- TOP 4 52. Änderung des Flächennutzungsplanes - "Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy"
Vorlage: 2011/187**
- TOP 5 Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy
Vorlage: 2011/188**
- TOP 6 53. F-Planänderung - Nördlich Kleibroker Straße
Vorlage: 2011/192**
- TOP 7 Aufstellung Bebauungsplan 95 - Kleibrok "Zum Zollhaus - Erweiterung"
Vorlage: 2011/193**

- TOP 8 Verbesserung der Entsorgungsmöglichkeit von Hundekot; Antrag der FDP-Fraktion
Vorlage: 2010/161A**
- TOP 9 Bepflanzungs- u. Pflegekonzept für Rasteder Grünanlagen; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2011/183**
- TOP 10 Erhalt und Bepflanzung Brunnen Marktplatz Rastede; Antrag der UWG-Fraktion
Vorlage: 2011/195**
- TOP 11 Einrichtung einer dauerhaften Zuwegung zum Gleis 2 und 3 vom Bahnübergang Schloßstraße; Antrag SPD-Fraktion
Vorlage: 2011/184**
- TOP 12 Farbgebung der Lärmschutzwände an der Bahnstrecke in Rastede
Vorlage: 2011/197**
- TOP 13 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012
Vorlage: 2011/190**
- TOP 14 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
gez. von Essen
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/189

freigegeben am 08.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 08.11.2011

6. Änderung Bebauungsplan 23 - Hankhausen

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur 6. Änderung des Bebauungsplanes 23 – Hankhausen wird beschlossen.
2. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 13a Absatz 2 und 3 Satz 1 im Vereinfachten Verfahren durchgeführt.
3. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Sach- und Rechtslage:

Der Bebauungsplan 23 wurde Anfang 2011 entsprechend den Anforderungen der AWO geändert (s. Vorlage 2011/006). Ziel war die bauleitplanerische Beordnung des Gebietes um eine Anlage zur Unterbringung von Menschen mit seelischer Behinderung in Wohngruppen sowie Nutzungen für Verwaltung und eine Beratungseinrichtung zu ermöglichen.

Seinerzeit war man sich seitens der AWO noch nicht sicher, wie die zukünftige Nutzung im Detail aussehen sollte. Zunächst wurde von einer gleichartigen Nutzung wie bei der vorherigen Kleeblattklinik ausgegangen. Daraus ergab sich ein geschätzter Bedarf von 27 Stellplätzen, von denen 19 bereits in der Vergangenheit bei der Gemeinde abgelöst wurden, und 8 auf dem Grundstück sichergestellt werden konnten. Diese Stellplätze wurden mithin im Rahmen der 5. Änderung textlich aufgenommen.

Nach Rechtskraft der 5. Änderung wurden die tatsächlichen Nutzungen durch den Investor abschließend festgelegt. Diese umfasst neben der eigentlichen Wohnanlage auch erweiterte Nutzungen von Nebenräumen, Personalräumen sowie Räumlichkeiten für Büros. Durch die Baugenehmigungsbehörde des Landkreises wurde daraufhin festgestellt, dass sich entsprechend § 47 NBauO hierfür ein Stellplatzbedarf von 46 Plätzen ergibt.

Zur Bereitstellung der fehlenden 19 Stellplätze ist entweder eine weitere Ablösung oder die Herrichtung von Stellplätzen auf dem Grundstück erforderlich.

Eine Ablösung scheidet aufgrund des bisherigen Umfangs und des tatsächlichen Bedarfes vor Ort in der Einrichtung aus.

Die Stellplätze wurden nunmehr zeichnerisch innerhalb des Planes ausgewiesen, eine textliche Regelung entfällt. Die Lage der Stellflächen ist landschafts- und baumverträglich. Durch die Festlegung der Stellflächen ist weiterhin die Begrenzung der zukünftigen Nutzungsmöglichkeiten sichergestellt. Außerdem sind durch diese Festlegung nachbarliche Dinge dem Grunde nach nicht berührt.

Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung handelt, kann die 6. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 23 nach § 13 a BauGB im Vereinfachten Verfahren erfolgen. Damit sind die Erstellung eines Umweltberichtes und die frühzeitige Bürgerbeteiligung entbehrlich.

Weitere Erläuterungen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 28.11.11 VA 06.12.11	Entfällt	16.12.11 – 16.01.12	Ratssitzung 28.02.2012

Finanzielle Auswirkungen:

Die Planungskosten werden durch den Investor getragen.

Anlagen:

1. Bebauungsplan 23 – 6. Änderung Entwurf
2. Begründung Entwurf

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/187

freigegeben am 07.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.11.2011

52. Änderung des Flächennutzungsplanes - "Niedersächsische Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zur 52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 29.11.2011 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf zur 52. Änderung des Flächennutzungsplanes "Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB durchgeführt.
5. Der Auslegungszeitraum wird gem. § 4 A Abs. 3 Satz 3 BauGB auf zwei Wochen verkürzt und Stellungnahmen können nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Bebauungsplanes abgegeben werden (vgl. §4 a Abs.3 Satz 2 BauGB).

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung vom 30.08.2011 (siehe Vorlage 2011/129) die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen. Diese fand in der Zeit vom 23.09. bis 24.10.2011 statt.

Innerhalb des Verfahrensschrittes sind wesentliche Stellungnahmen vom Landkreis Ammerland eingegangen. Hierbei wurde, nachdem es im ersten Verfahrensschritt nicht vorgetragen wurde, durch die untere Waldbehörde gefordert, dass Waldflächen im Plan entsprechend nachrichtlich zu kennzeichnen sind. Diese Änderung berührt die Grundzüge der Planung, was entsprechend § 4 a Abs. 3 BauGB zu einer erneuten Auslegung führen muss. Diese kann auf zwei Wochen verkürzt stattfinden und betrifft nur die geänderten Teile der Planung.

Die Stellungnahmen und die dazu erarbeiteten Abwägungsvorschläge sind der Anlage 1 zu entnehmen. Zwischenzeitlich wurde die Planreife für diese Bauleitplanung beantragt und liegt derzeit zur Genehmigung bei der Regierungsvertretung Oldenburg.

Weitere Informationen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach präsentiert.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten trägt das Staatliche Baumanagement Ems-Weser.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschläge
2. Planzeichnung
3. Begründung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/188

freigegeben am 07.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 07.11.2011

Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Begründung und Umweltbericht wird beschlossen.
2. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 3 Abs.2 BauGB in Verbindung mit § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 29.11.2011 berücksichtigt.
3. Dem Entwurf zum Bebauungsplan Nr. 94 - Nds. Akademie für Brand- und Katastrophenschutz (NABK) - Standort Loy nebst Begründung und Umweltbericht wird zugestimmt.
4. Die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gemäß § 4 a Abs. 3 BauGB durchgeführt.
5. Der Auslegungszeitraum wird gem. § 4 A Abs. 3 Satz 3 BauGB auf zwei Wochen verkürzt und Stellungnahmen können nur zu den geänderten oder ergänzten Teilen des Bebauungsplanes abgegeben werden (vgl. §4 a Abs.3 Satz 2 BauGB).

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung vom 30.08.2011 (siehe Vorlage 2011/131) die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen. Diese fand in der Zeit vom 23.09. bis 24.10.2011 statt.

Innerhalb des Verfahrensschrittes sind wesentliche Stellungnahmen vom Landkreis Ammerland eingegangen. Hierbei wurde durch die untere Waldbehörde, nachdem dieses von ihr im ersten Verfahrensschritt nicht vorgetragen worden war, gefordert, dass Waldflächen im Plan entsprechend nachrichtlich zu kennzeichnen sind. Diese Änderung berührt die Grundzüge der Planung, was entsprechend § 4 a Abs. 3 BauGB zu einer erneuten Auslegung führt. Diese soll auf zwei Wochen verkürzt stattfinden und nur die geänderten Teile der Planung betreffen. Alle Stellungnahmen und die dazu erarbeiteten Abwägungsvorschläge sind der Anlage 1 zu entnehmen. Zwischenzeitlich wurde die Planreife für diese Bauleitplanung beantragt und liegt derzeit zur Genehmigung bei der Regierungsvertretung Oldenburg.

Weitere Informationen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach präsentiert.

Die erneute öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange können somit unter Berücksichtigung der Abwägungsvorschläge beschlossen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten trägt das Staatliche Baumanagement Ems-Weser.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschläge
2. Planzeichnung
3. Begründung
4. Umweltbericht

B e s c h l u s s v o r l a g e**Vorlage-Nr.: 2011/192**

freigegeben am 10.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.11.2011**53. F-Planänderung - Nördlich Kleibroker Straße****Beratungsfolge:**

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Vorentwurf zur 53. Änderung des Flächennutzungsplanes (53. Änderung des Flächennutzungsplanes "Nördlich Kleibroker Straße") wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 2 Bau-gesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Hinsichtlich der Sach- und Rechtslage wird auf die Beschlussvorlage 2011/193 Bezug ge-nommen.

Die in der Anlage dargestellte Fläche ist im Flächennutzungsplan zurzeit als landwirtschaft-liche Fläche ausgewiesen. Ziel ist es Sonderbauflächen für den Hotel- und Gaststättenbetrieb zu schaffen.

Das Verfahren soll parallel mit der Aufstellung des Bebauungsplanes erfolgen.

Übersicht über den Verfahrenslauf:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 28.11.11 VA 06.12.11	16.12.11-16.01.12	N.N.	N.N.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen mit Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Verfügung.

Anlagen:

Vorentwurf F-Plan

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/193

freigegeben am 10.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 10.11.2011

Aufstellung Bebauungsplan 95 - Kleibrok "Zum Zollhaus - Erweiterung"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Der Vorentwurf zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 95 – Kleibrok „Zum Zollhaus“ wird beschlossen.
2. Auf dieser Grundlage wird die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Form einer einmonatigen Auslegung sowie die Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Sach- und Rechtslage:

Der traditionsreiche familiengeführte Hotel- und Gaststättenbetrieb „Zum Zollhaus“ wurde in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut und plant nun eine erneute Erweiterung. Hierfür wären die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur baulichen und betrieblichen Weiterentwicklung des Hotel- und Gaststättenbetriebes zu schaffen.

Die Erweiterung des Betriebes soll nordwestlich der Kleibroker Straße und westlich des Logemanns Damm erfolgen. Ziel ist es, zusätzliche Parkplatzflächen, Sonderbauflächen für den Hotel- und Gaststättenbetrieb sowie eine Teilfläche für betriebsbezogenes Wohnen zu schaffen.

Ein Bebauungsbeispiel ist in der Anlage 2 dargestellt, befindet sich aber noch in einer Vorstudie. Kern soll hierbei die sogenannte „Eventgastronomie“ werden.

Seitens des Investors wurde ein Antrag auf Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung eines Bebauungsplanes gestellt. Ein städtebaulicher Vertrag wird die Übernahme sämtlicher Kosten durch den Investor regeln.

Das Verfahren soll parallel mit der Aufstellung des Flächennutzungsplanes erfolgen.

Übersicht über den Verfahrenslauf:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 28.11.11 VA 06.12.11	16.12.11-16.01.12	N.N.	N.N.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen mit Abschluss des städtebaulichen Vertrages zur Verfügung.

Anlagen:

1. Vorentwurf Bebauungsplanes Nr. 95 – Kleibrok „Zum Zollhaus“
2. Vorstudie einer möglichen Bebauung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2010/161A

freigegeben am 03.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 03.11.2011

Verbesserung der Entsorgungsmöglichkeit von Hundekot; Antrag der FDP-Fraktion

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Ohne.

Sach- und Rechtslage:

Auf seiner Sitzung am 26.10.2010 bzw. am 14.06.2011 hat der Ausschuss f. Bau, Planung, Umwelt und Straßen für die weitere Beratung eine Stellungnahme zum Nutzungsverhalten von Hundehaltern auf dem Kögel-Willms-Platz von der Residenzort Rastede GmbH eingefordert.

Dieser Antrag ist in der Anlage beigelegt.

Auf die Sitzungsvorlage 2010/161 wird im Übrigen verwiesen.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine.

Anlagen:

1. Stellungnahme der Residenzort Rastede GmbH

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/183

freigegeben am 01.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 01.11.2011

Bepflanzungs- u. Pflegekonzept für Rasteder Grünanlagen; Antrag der UWG-Fraktion

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Ohne.

Sach- und Rechtslage:

Die UWG-Fraktion in der Gemeinde Rastede hat mit Datum vom 03.09.2011 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Auf Befragen des Antragstellers ist der Antragsinhalt dahingehend modifiziert worden, dass das Bepflanzungskonzept der gemeindeeigenen Grünanlagen lediglich die Pflanzflächen betreffen soll. Damit sind also nicht Sportplätze, Kompensations- oder Forstanlagen gemeint.

Für die bekannten Grünanlagen der Gemeinde Rastede gibt es eine Einteilung in unterschiedliche Pflegeklassen. Diese Pflegeklassen sind so gewählt, dass zum Beispiel in der Oldenburger Straße mehr Pflegegänge pro Jahr durchgeführt werden als in Siedlungsgebieten. Diese Arbeiten sind aufgrund der Beratungen in den letzten Jahren kontinuierlich erhöht worden, da zum damaligen Zeitpunkt lediglich 6 Pflegegänge in allen Bereichen durchgeführt wurden. Auch wurde inzwischen der Rückschnitt der Pflanzen in den jeweiligen Bereichen bei der Fremdfirma beauftragt.

Eine Entscheidung hinsichtlich der Umgestaltung der Beete an der Oldenburger Straße wie beispielsweise in den Musterflächen vor dem Kögel-Willms-Platz steht noch aus.

Die Aufgabenteilung wurde so festgelegt, dass die Pflegearbeiten am Straßenbegleitgrün durch eine Fremdfirma ausgeführt werden, während die Pflege an den anderen Grünanlagen, also auch Plätzen, durch den Bauhof der Gemeinde Rastede erledigt wird.

In der **Pflegeklasse 1** werden 10 Pflegegänge im Sommer und 2 (4) Pflegegänge in der vegetationsarmen Zeit durchgeführt. In der Oldenburger Straße sind 4 Winterpflegegänge wegen des Weihnachtsmarktes und anderer Veranstaltungen notwendig.

In der **Pflegeklasse 2** werden 8 Pflegegänge im Sommer und 2 im Winter durchgeführt. Die Auswahl erfolgte entsprechend der Bedeutung dieser Straßen im Hinblick auf ihre Wirkung im Gesamterscheinungsbild des Ortes.

In der **Pflegeklasse 3** befinden sich alle übrigen Straßenbeete. Hier werden im Sommer 6 und im Winter 2 Pflegegänge durchgeführt.

In der **Pflegeklasse 4** befinden sich die Straßen der Pflegeklasse 3 bei denen Pflanzbeete sporadisch von Anliegern gepflegt werden oder aber bei denen Baumscheiben nur in sehr geringem Umfang zu pflegen sind.

Über diese Kategorien hinaus werden je nach Pflanzenart ein- bis zweimal jährlich Hecken-schnitte durchgeführt.

Bei der jetzt vorgenommenen Einteilung in die verschiedenen Pflegeklassen ergeben sich Jahreskosten von ca. 55.000 € Jeder zusätzliche Pflegegang bei allen Pflegeklassen ergäbe eine finanzielle Mehrbelastung von ca. 6.200 € Bei den vorstehenden Kostenermittlungen sind bereits die Pflegepatenschaften bei einigen Pflanzbeeten in den Siedlungen berücksichtigt.

Die Straßen sind wie folgt eingeteilt:

Pflegeklasse 1

- Butjadinger Straße / Schulstraße
- Kleibroker Straße
- Ladestraße
- Mühlenstraße
- Oldenburger Straße (hier 4 Winter Pflegegänge)
- Raiffeisenstraße
- Wilhelmshavener Straße

Pflegeklasse 2

- August-Brötje-Straße / Schloßstraße
- Kögel-Willms-Straße / Parkplatz
- Kreisel Borbecker Weg / Südlich Schlosspark
- Schulstraße
- Sophienstraße

Pflegeklasse 3

- Achtern Nordpol
- Allerstraße
- Am Ostermoor
- Am Renkenkamp
- Am Sportplatz
- An der Brücke
- Auf der Raade

- Bachstraße
- Beethovenstraße
- Bogenstraße
- Carl-Rohde-Straße
- Danziger Straße
- Domsheide
- Donaustraße
- Eibenstraße
- Eichenstraße
- Elbestraße
- Feigenhof
- Feldbreite
- Goethestraße
- Graf-von-Galen-Straße
- Hainbuchenstraße
- Hans-Hoffhenke-Ring
- Harry-Wilters-Ring
- Hermann-Allmers-Straße
- Hesterstraße
- Jochen-Klepper-Straße
- Johann-Hinrich-Wichern-Straße
- Klocks Weg
- Koppelweg
- Kornweg
- Lauwstraße
- Lehárstraße
- Lerchenstraße
- Leuchtenburger Straße
- Martin-Luther-Straße
- Rosenstraße
- Rudolf-Bultmann-Straße
- Rudolstädter Straße
- Sandbergstraße
- Schwarzbürger Straße
- Sondershausener Straße
- Tegelbusch
- Thüringer Straße
- Von-Humboldt-Straße
- Voßbarg
- Weichselstraße
- Weißdornweg
- Ziegelstraße
- Zum Breen / Stollenkamp

Pflegeklasse 4

- Am Schießstand / Hochbornteich
- Am Stratjebusch
- Bogenstraße
- Fabriciusstraße

- Fichtenstraße
- Heidecksburgstraße
- Jan-Eilers-Straße
- Klocks Weg
- Kornweg
- Loyerbergstraße
- Meenheitsweg
- Oderstraße
- Saalestraße
- Sanddornweg
- Schillerstraße
- Schulstraße
- Schützenhofstraße (entfällt ab 2012)
- Springerweg
- Talweg

Finanzielle Auswirkungen:

Im Haushaltplanentwurf 2012 sind bisher keine Mittel für ein Pflegekonzept eingestellt worden. Lediglich die Kosten für die Pflege der Rabatten und Beete nach der bisherigen Beschlusslage und unter Berücksichtigung der in diesem Jahr getätigten Ergänzungen hinsichtlich der Pflegeklasse 1 wurden berücksichtigt.

Anlagen:

1. Antrag der UWG-Fraktion vom 03.09.2011

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/195

freigegeben am 10.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 10.11.2011

Erhalt und Bepflanzung Brunnen Marktplatz Rastede; Antrag der UWG-Fraktion

Beratungsfolge:

Status

Ö
N

Datum

28.11.2011
06.12.2011

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Ohne.

Sach- und Rechtslage:

Die UWG-Fraktion hat den in der Anlage beigefügten Antrag zum Erhalt und Bepflanzung des Brunnens auf dem Marktplatz sowie Erweiterung der Marktfläche gestellt.

Der weitere Umgang mit der Brunnenanlage auf dem Marktplatz Rastede war bereits Gegenstand von Beratungen des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen am 30.11.2010. Eine Entscheidung wurde in der Sitzung noch nicht getroffen, sondern von einer Ortsbesichtigung abhängig gemacht. Diese Ortsbesichtigung soll vor der Sitzung stattfinden. Die Beratung soll auf der Grundlage der Vorlage 2010/187 geführt werden.

Es erscheint zweckmäßig, die beiden Tagesordnungspunkte gemeinsam zu beraten. Hier kann auch auf die Möglichkeiten zum „Sponsoring“ bei der Bepflanzung eingegangen werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2012 nicht eingeplant.

Anlagen:

1. Antrag der UWG-Fraktion
2. Vorlage 2010/187

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/184

freigegeben am 01.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 01.11.2011

Einrichtung einer dauerhaften Zuwegung zum Gleis 2 und 3 vom Bahnübergang Schloßstraße; Antrag SPD-Fraktion

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

28.11.2011

06.12.2011

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Ohne.

Sach- und Rechtslage:

Die SPD-Fraktion im Rat der Gemeinde Rastede hat mit Schreiben vom 14.10.2011 den in der Anlage beigefügten Antrag gestellt. Die Forderung hinsichtlich eines barrierefreien Zuganges zum Gleis 2 und 3 wurde bereits mehrfach mit Vertretern der dafür zuständigen Institutionen erörtert. Eine Realisierung wurde solange nicht für möglich erachtet, bis die Streckenplanung für die Elektrifizierung der Bahnstrecke Oldenburg-Wilhelmshaven abgeschlossen ist.

Aus Sicht der Verwaltung sollte die Forderung hinsichtlich eines Zuganges von der Schloßstraße zu den Gleisen 2 und 3 zunächst nur als vorübergehende Lösung gefordert werden, da dauerhaft der barrierefreie Zugang auch über die Ladestraße/Bahnhofstraße möglich sein sollte. Verbunden werden sollte diese Forderung ebenfalls mit der Umgestaltung der Bahnsteiganlage Gleis 2 und 3, da neben dem barrierefreien Zugang zu den Gleisanlagen auch ein barrierefreier Zugang zu den Zügen möglich sein sollte.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine.

Anlagen:

1. Antrag SPD-Fraktion vom 14.10.2011

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/197

freigegeben am 14.11.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 14.11.2011

Farbgebung der Lärmschutzwände an der Bahnstrecke in Rastede

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	06.12.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Farbgestaltung der Lärmschutzwände entlang der Bahnstrecke Oldenburg – Wilhelmshaven im Bereich der Gemeinde Rastede erfolgt entsprechend dem Beispiel „Achim“ in abgestimmten Grüntönen.

Sach- und Rechtslage:

Die DB-Projektbau GmbH benötigt eine Entscheidung der Gemeinde Rastede, welche Farbgestaltung die Lärmschutzwand im Gemeindegebiet haben soll.

Die Verwaltung hat sich die von der Bahn vorgelegten Beispiele angesehen, wobei auch jede andere Entscheidung aus der Palette der RAL-Farbtöne vorstellbar ist.

Im Bereich Hahn-Lehmden, Kornweg, ist verfügt worden, dass der obere Meter in transparenter Bauweise zu erfolgen hat, ebenso wie im Bereich zwischen 2 m und 3 m im Bereich des Bahnhofes.

In ihre Bewertung hat die Verwaltung das Erscheinungsbild aus Sicht der Gartenbenutzer und Nutzer der Straßen einbezogen. Eine Bewertung aus Sicht der Bahnreisenden dürfte für die Gemeinde zunächst nicht relevant sein.

Das wichtige Teil des Erscheinungsbildes der Lärmschutzwand dürfte für die Anlieger in Verbindung mit der Gartenanlage und nicht in Verbindung mit dem Himmel stehen. Die vorherrschende Farbe im Garten dürften unterschiedlichste Grüntöne sein.

Aus diesem Grunde hält die Verwaltung den Farbvorschlag angepasst an das Beispiel „Achim“ für die verträglichste Variante.

Zur Information sind weitere Beispiele als Anlagen 2 bis 4 beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde Rastede

Anlagen:

- Anlage 1 – Beispiel LSW Achim
- Anlage 2 – Beispiele Farbgebung LSW Bahn
- Anlage 3 – Beispiel LSW Ettlingen
- Anlage 4 – Beispiel LSW Blankenloch
- Anlage 5 – LSW Ladestraße
- Anlage 6 – LSW Bahnhof Rastede

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/190

freigegeben am 09.11.2011

Stab

Sachbearbeiter/in:

Datum: 09.11.2011

Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2012

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	21.11.2011	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Ö	28.11.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
Ö	05.12.2011	Schulausschuss
Ö	12.12.2011	Kinder-, Jugend- und Sozialausschuss
Ö	13.12.2011	Kultur- und Sportausschuss
Ö	10.01.2012	Feuerschutzausschuss
Ö	13.02.2012	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
N	28.02.2012	Verwaltungsausschuss
Ö	28.02.2012	Rat

Beschlussvorschlag:

Die Haushaltsplanung wird in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

Sach- und Rechtslage:

Der Haushaltsentwurf 2012 ist im Ergebnishaushalt ausgeglichen und im Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes wird die ordentliche Tilgung erwirtschaftet.

Für den Ergebnishaushalt ergibt sich ein Überschuss in Höhe von 235.408 Euro. Im Bereich laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes ist über die ordentliche Tilgung hinaus ein Überschuss in Höhe von 7.266 Euro vorhanden.

Die planerischen Rahmenbedingungen betreffen vor allem die allgemeinen Deckungsmittel. Betrachtet man die nachstehende Aufstellung, dann wird ersichtlich, dass gegenüber der Planung 2011 ein Finanzierungsvorteil von 1.192.500 Euro erwartet wird.

	2011		2012	Ansatz- veränderung gegenüber 2011
	Ansatz	Stand 12.10.11	Ansatz	
Grundsteuer A	143.000	146.535,00	144.000	1.000
Grundsteuer B	2.245.000	2.261.775,00	2.275.000	30.000
Gewerbsteuer	6.350.000	7.164.195,00	7.100.000	750.000
Einkommensteuerbet.	4.660.000	4.660.000,00	5.330.000	670.000
Umsatzsteuerbet.	434.000	434.000,00	450.000	16.000
Vergnügungssteuer	23.000	35.339,00	40.000	17.000
Hundesteuer	53.000	56.299,00	54.000	1.000
Schlüsselzuweisungen	1.852.800	2.245.559,00	2.029.000	176.200
Zusch. übertr. WK	340.200	345.648,00	345.000	4.800
Summe	16.101.000	17.349.350,00	17.767.000	1.666.000
Gewerbsteuerumlage	1.455.000	1.454.354,00	1.581.000	126.000
Entschuldungsumlage			40.000	40.000
Kreisumlage für HHPlan	5.138.000	5.248.261,00	5.445.500	307.500
Summe	6.593.000,00	6.702.615,00	7.066.500	473.500
Saldo	9.508.000	10.646.735	10.700.500	1.192.500
Saldo Planung - Ist 2011:		1.138.735		

Die Schlüsselzuweisungen werden gegenüber 2011 voraussichtlich sinken, weil die Gemeinde aufgrund ihrer Steuereinnahmen in der Zeit vom 01.10.2010 bis 20.09.2011 eine sehr hohe Steuerkraft entwickelt hat. Je höher die Steuerkraft steigt, desto weniger Anteil erhält die Gemeinde an die insgesamt vom Land ausgeschütteten Schlüsselzuweisungen.

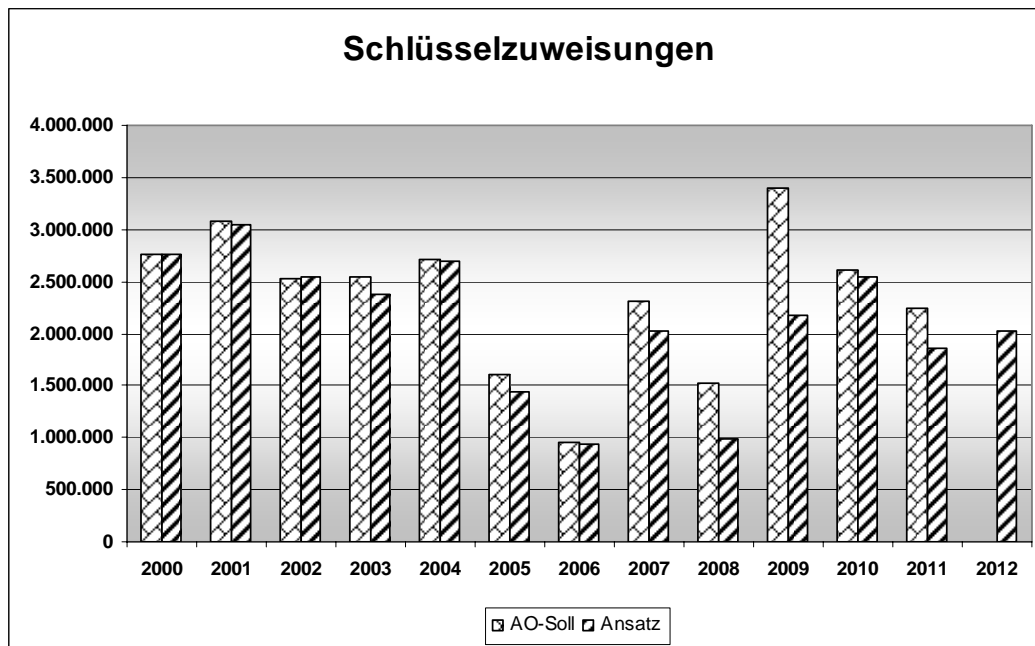
Allerdings bleibt noch abzuwarten, wie hoch die Verteilungsmasse des Landes insgesamt ist. Das sich daraus ergebende maßgebliche Eckdatum (Grundbetrag) für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen ist z. Zt. noch nicht bekannt.

Die Rahmenbedingungen für die Planung 2012 sind ungünstig. Ursprünglich war aufgrund der hohen landes- und bundesweiten Steuereinnahmen damit zu rechnen, dass sich die Verbundmasse für 2011 erheblich erhöht und deshalb in 2012 eine hohe Verbundabrechnung zu erwarten ist, mithin also eine abrechnungstechnisch höhere Schlüsselzuweisung gezahlt werden soll.

Das Land hat nunmehr aber mitgeteilt, dass die Verbundabrechnung zu einer nachträglichen Korrektur der Schlüsselzuweisungen in 2011 führen wird. Das ist ungewöhnlich. Mit einer Nachzahlung von Schlüsselzuweisungen ist deshalb noch in 2011 zu rechnen. Dieses Geld ist für die Planung des Ergebnishaushalts 2012 verloren, weil es in das Ergebnis 2011 einfließen wird.

Für die Haushaltsplanung ist dies z.Zt. nur ein Ausblick. Der konkrete Handlungsbedarf kann erst dann formuliert werden, wenn der nachträgliche Schlüsselzuweisungsbescheid des Landes eingegangen ist.

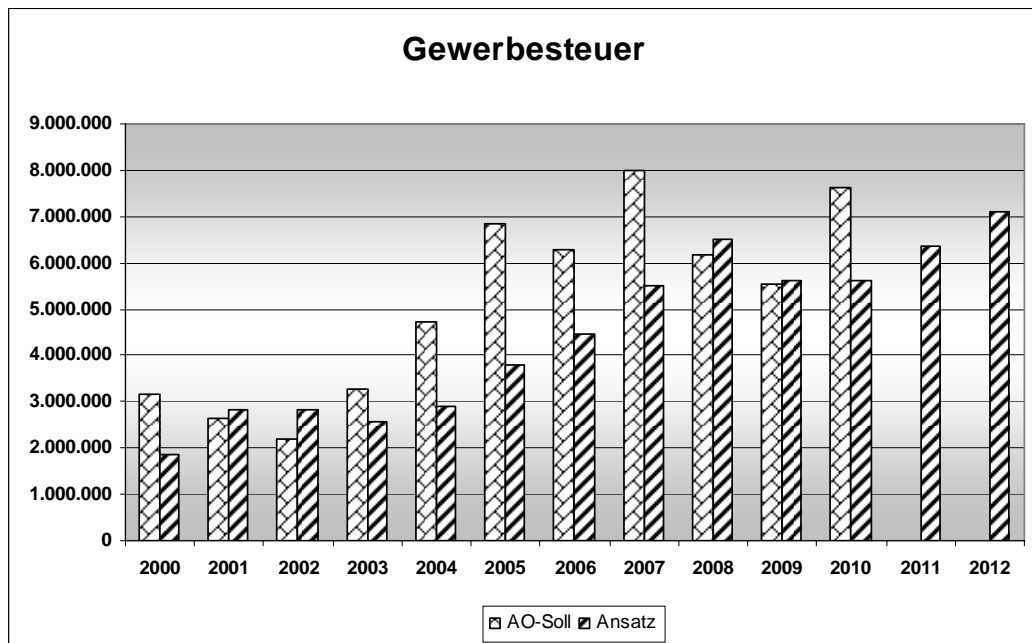
Sicher ist aber, dass die Kreisumlage, die sich durch die nachträgliche Zahlung der Schlüsselzuweisung ergibt, vom Landkreis nicht mehr in 2011 nachgefordert werden wird. Die Gemeinde wird deshalb für die Nachzahlung der Kreisumlage in das Ergebnis 2011 eine Rückstellung einstellen müssen.



Auf Landkreisebene ist abgestimmt, mit einem Grundbetrag von 715,- € zu rechnen. Dies stellt eine Erhöhung gegenüber 2011 um 18,- € dar.

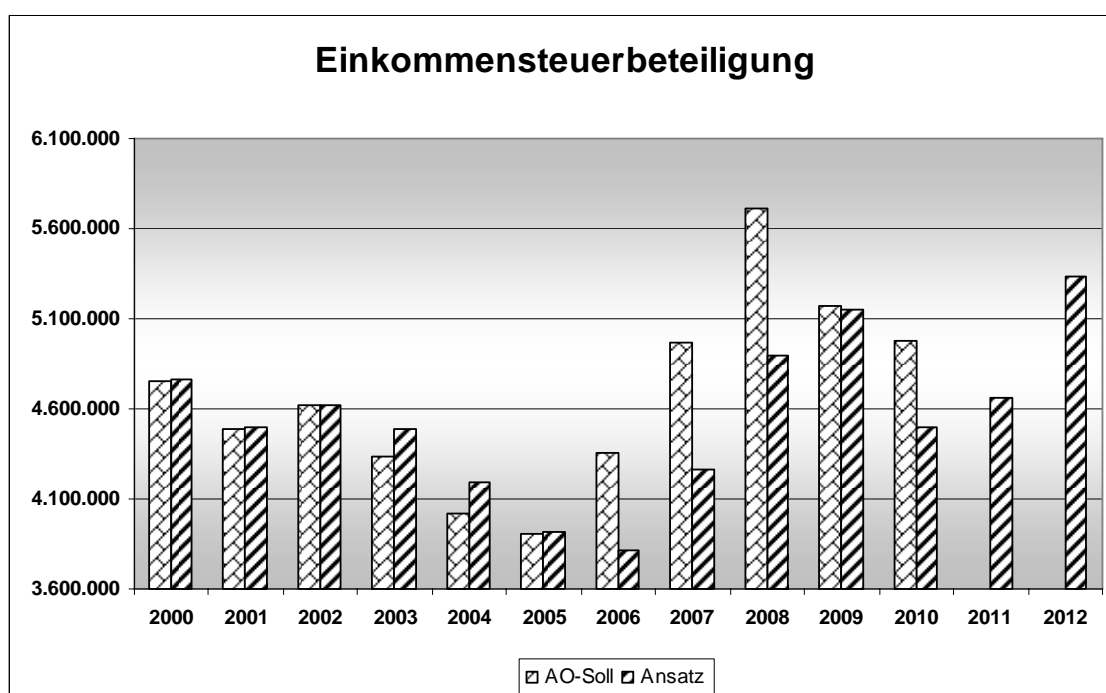
Bei der Gewerbesteuer wurde optimistisch davon ausgegangen, dass die im gegenwärtigen Zeitpunkt bestehende Sollstellung auch 2012 wieder erreicht wird.

Die nachstehende Grafik zeigt für 2012 gegenüber 2011 eine höhere Säule, d. h., die Planungssäule 2011 liegt z. Zt. erfreulicherweise unter den gegenwärtig für 2011 erwarteten Einnahmen.



Hinter der Veranschlagung der Einkommensteuer steht ein Fragezeichen. Diese Einnahmeart lässt sich nicht berechnen. Ausgehend von der aktuellen Einnahmesituation kann unter Berücksichtigung der Steuerschätzung Mai 2011 für 2012 eine Einnahmesteigerung erwartet werden.

Es ist darauf hinzuweisen, dass bei der Verteilung des Gesamteinkommensteueraufkommens eine Schlüsselzahl zur Anwendung kommt, die für die Kommunen individuell i.d.R. für fünf Jahre festgelegt wird. Für die Zeit ab 2012 ist eine neue Schlüsselzahl angekündigt, die in diesem Fall nicht nur die Einkommensteuer der Gemeinde neu ermittelt, sondern auch eine grundsätzliche Neugewichtung zwischen steuerschwachen und steuerstarken, großen und kleinen Kommunen vornimmt. Weil diese Zahl weder bekannt ist noch vorausskalkuliert werden kann, ist bei der Einschätzung der Einnahme Ungewissheit vorhanden.



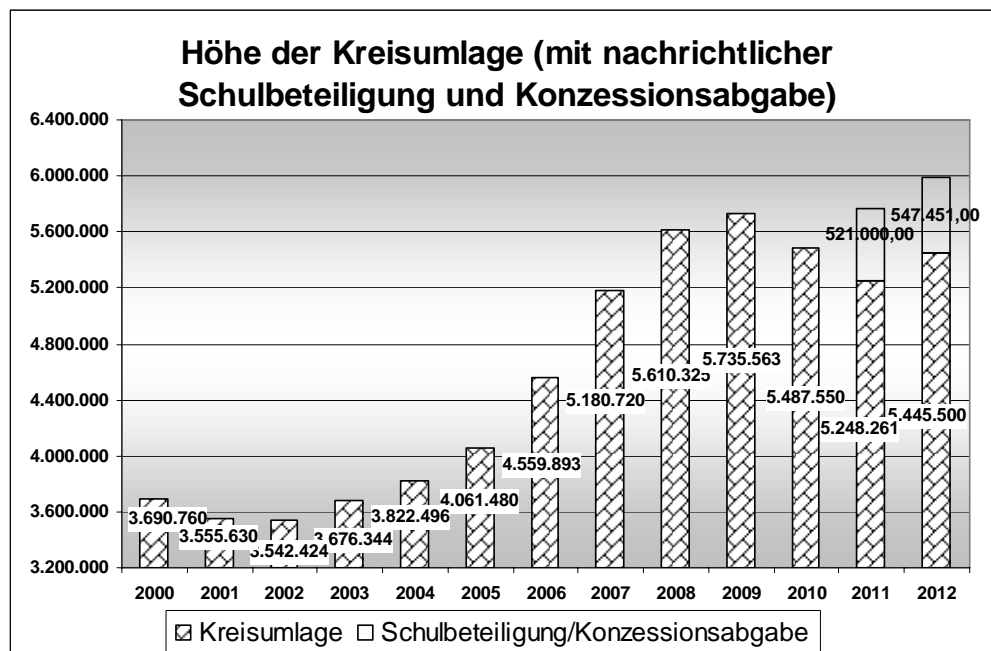
Die Kreisumlage lässt sich für den Haushaltsplan berechnen, denn sie basiert auf der Steuerkraft der Gemeinden und den Schlüsselzuweisungen, die eine Gemeinde bekommt.

Die Säulen für 2011 und 2012 beinhalten eine ergänzende Darstellung. Ab 2011 ist der Kreisumlagehebesatz zwar gesenkt worden, aber nur deshalb, weil der Landkreis für die Schulen an die Gemeinden keine Schulbeteiligung mehr bezahlt. Weiterhin wird berücksichtigt, dass die Konzessionsabgabe für Strom und Gas vollständig an die Gemeinden geht und nicht mehr zwischen Landkreis und Gemeinden aufgeteilt wird.

Dieser Darstellung macht aber deutlich, dass die Kreisumlagenbelastung für die Gemeinde Rastede ab 2011 faktisch nicht sinkt, sondern steigt.

Die Kreisumlage wurde mit einem Kreisumlagehebesatz von 34,5 % (wie 2011 auch) berechnet. Die derzeitige Planungssituation des Landkreises lässt aber keine positiven Gedanken aufkommen. Der dort z. Zt. vorhandene Abstand zum ausgeglichenen Ergebnishaushalt ist erheblich, deshalb sollte es nicht verwundern, wenn der Landkreis über eine Anhebung des Kreisumlagensatzes nachdenkt. Diese Überlegung erhält dadurch Nahrung, dass vor wenigen Tagen vom Landkreis mitgeteilt wurde, dass der Haushalt im Bereich Eingliederung und den damit verbundenen Verwaltungskosten erhebliche Einbußen hinnehmen muss. Gegenüber 2010 hat der Landkreis in 2011 allein 1,6 Mio. Euro verloren. Für 2012 wurde jetzt angekündigt, dass (gegenüber 2011) weitere 1,1 Mio. Euro fehlen werden.

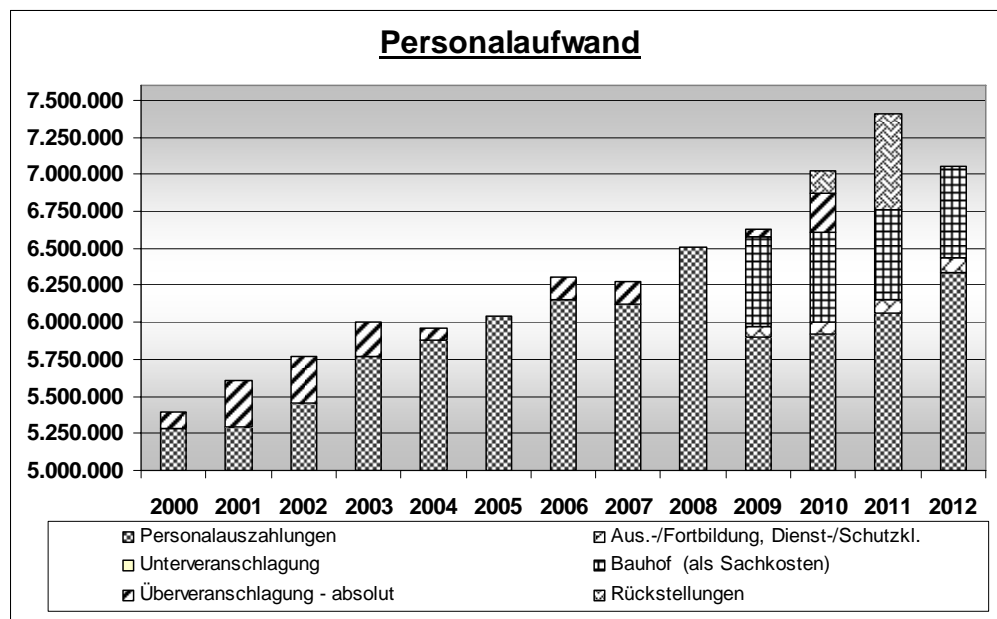
Sollte es sich herausstellen, dass der Landkreis den Kreisumlagehebesatz anhebt, dann wird auch die gemeindliche Haushaltsplanung massiv überprüft werden müssen.



Die vorstehenden Rahmenbedingungen haben es bis zum heutigen Zeitpunkt erlaubt, einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf vorzulegen. Das sollte aber nicht zu der Annahme verleiten, dass im Haushaltsplan tatsächlich auch ein objektiv notwendiger Aufwandsbedarf Berücksichtigung gefunden hat.

Ausführung zu besonderen Ausgabenschwerpunkten:

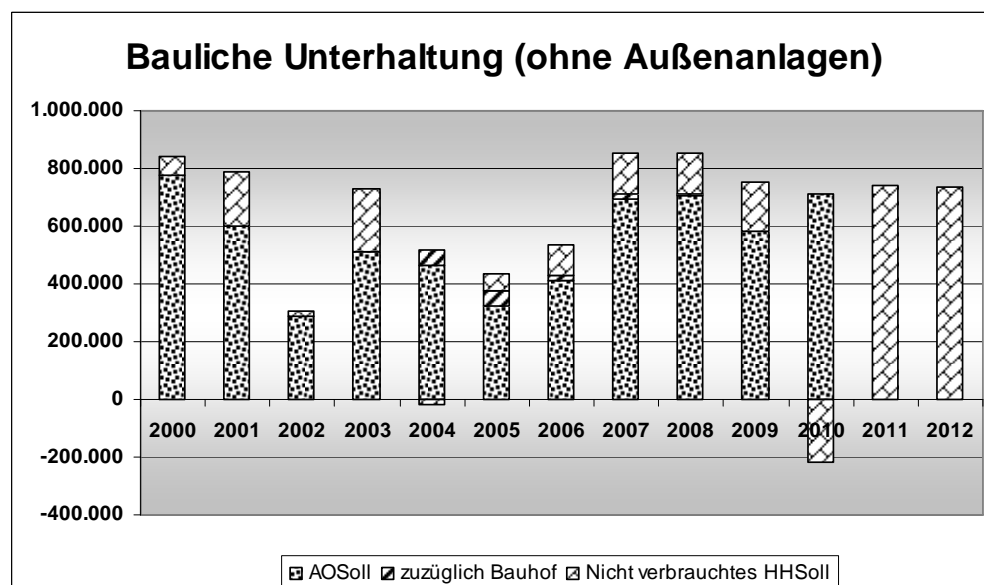
Der Personalaufwand steigt. Der veranschlagte Aufwand berücksichtigt die für 2012 abschätzbare Personalsituation und eine tarifliche Steigerung sowie entsprechende gesetzliche Festlegungen.

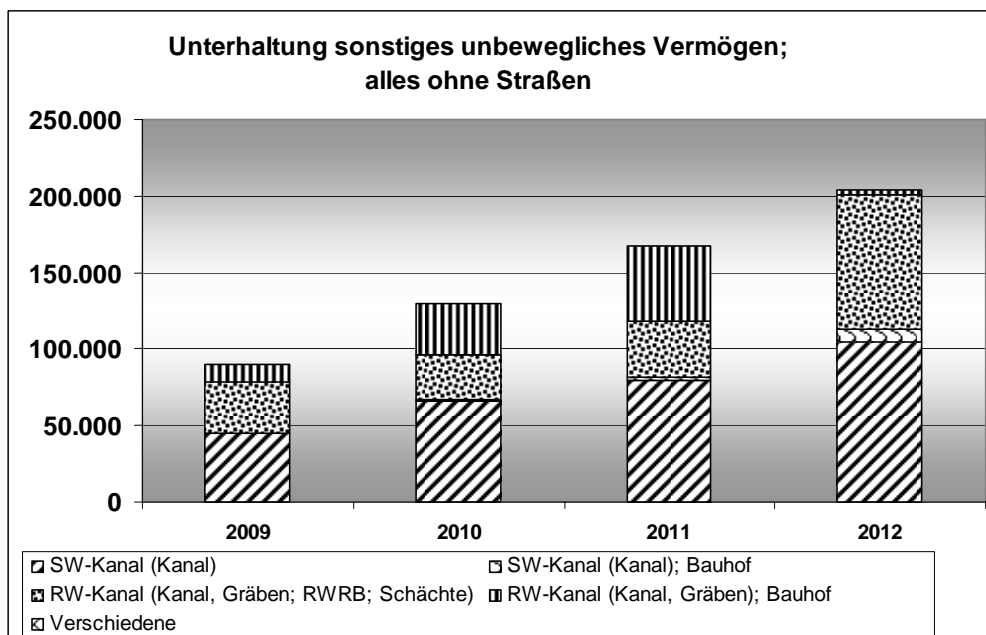
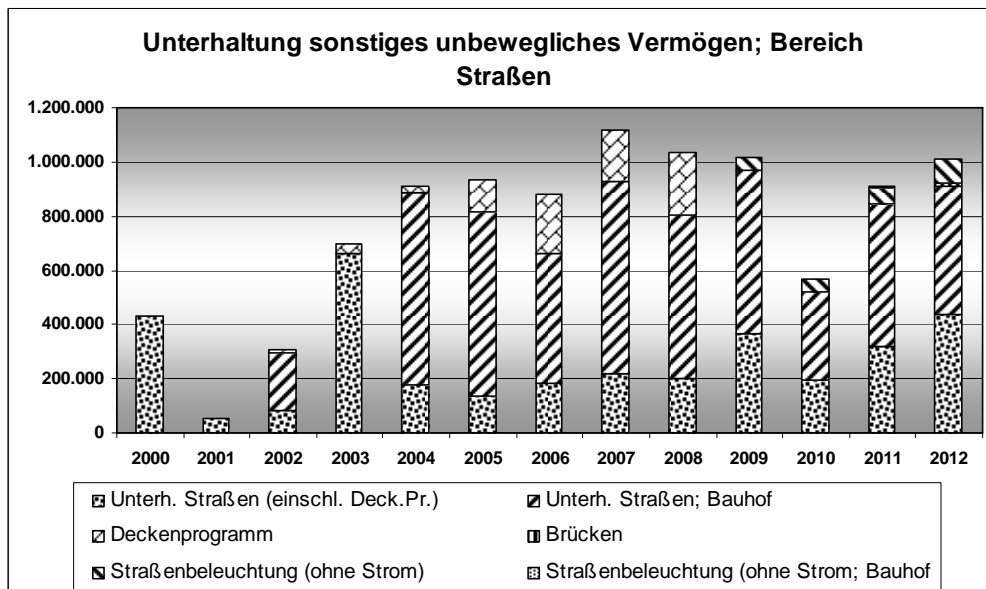
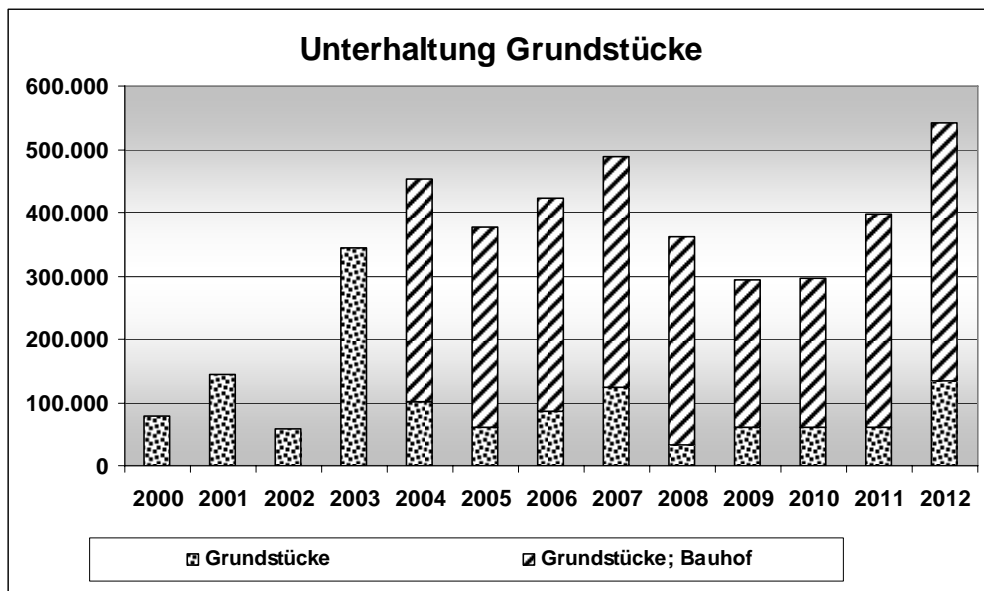


In der vorstehenden Grafik sind auch die personalbedingten Rückstellungen berücksichtigt. Die Rückstellungen belasten zwar nicht den ausschließlich aus liquiden Geldbewegungen bestehenden Finanzhaushalt, sie belasten aber den Ergebnishaushalt und sind Bestandteil des Haushaltsausgleichs.

Die folgenden Grafiken betreffen die Unterhaltung von baulichen Anlagen, Grundstücken und von sonstigem unbeweglichen Vermögen (z. B. Straßen, Kanäle).

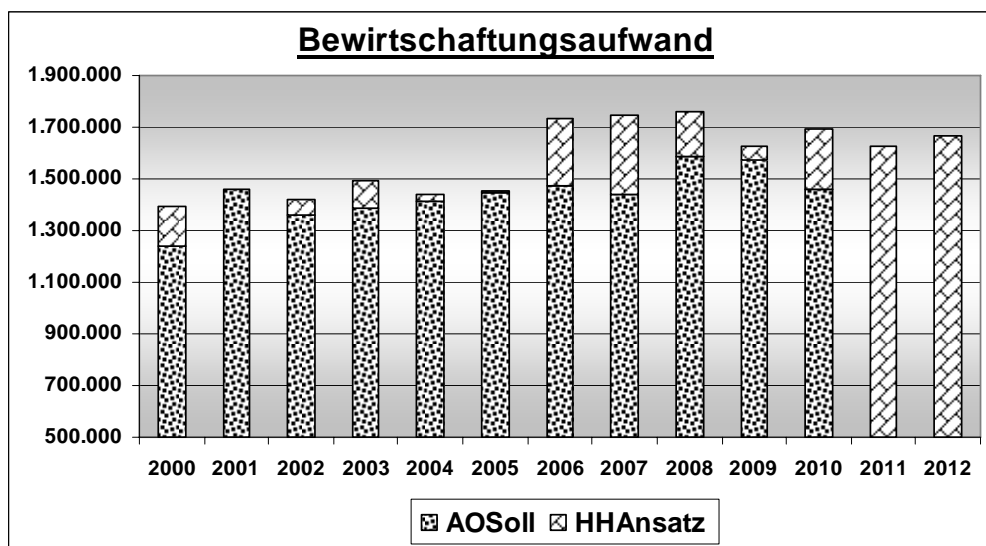
Es wäre nicht richtig, anzunehmen, dass mit den für die Aufwandsarten bereitzustellenden Haushaltsmitteln der objektive Finanzbedarf befriedigt ist. Um dies näher zu beleuchten, bedarf es weiter reichender Informationen und Diskussionen.





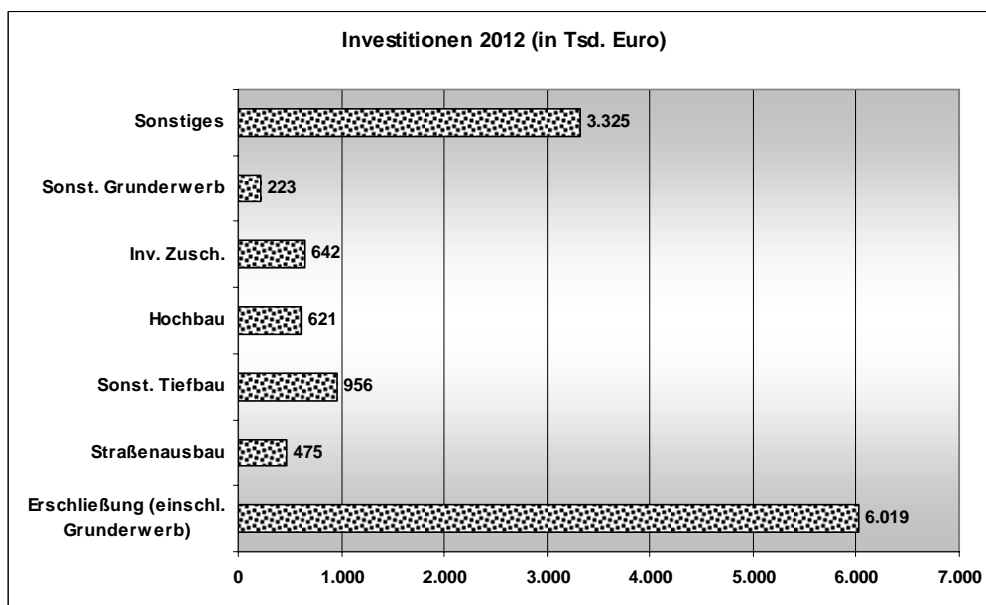
Auf folgende Situation ist hinzuweisen: Die oben stehende Tabelle zu den allgemeinen Deckungsmitteln zeigt für 2011 einen Saldo zwischen Planung und Ist in Höhe von 1.138.735 Euro. Diese Situation ist entstanden, weil sich tatsächlich eine deutlich positivere Entwicklung ergeben hat. Dieser „Überschuss“ wurde allerdings schon in 2011 weitestgehend für über- und außerplanmäßige Aufwendungen verbraucht.

Der Bewirtschaftungsaufwand steigt nur geringfügig. Dies ist auch das Ergebnis der in der jüngsten Vergangenheit durchgeführten Investitionen im Bereich Energieeinsparung.



Investitionen

Die nachstehende Grafik zeigt die Verteilung der Investitionsmittel auf verschiedene Ausgabebereiche. Es ist zu beachten, dass dies nur eine Kalenderjahresbetrachtung ist und nicht die Finanzierungsquote von Einzelmaßnahmen/Maßnahmenbereichen darstellt.



Das Investitionsvolumen beträgt 12.260.323 Euro.

	Auszahlung	Einzahlung	Finanzierungsbedarf
2012	12.260.323	-5.042.247	7.218.076

Die vorstehende Grafik macht deutlich, dass der Schwerpunkt im Bereich Erschließung liegt. Dies kann auch nicht weiter verwundern, denn in den vergangenen Jahren wurde insbesondere im Bereich Wohnungsbau ausschließlich ein Verkauf von Grundstücken vorgenommen, während der Einkauf dieser Grundstücke bereits zu einem früheren Zeitpunkt getätigt worden war. Um am Wohnungsbaumarkt weiterhin präsent bleiben und überhaupt Grundstücke anbieten zu können, muss gerade in der nächsten Zeit ein entsprechender Ankauf vorgenommen werden. Die planerischen Überlegungen beinhalten dabei selbstverständlich, dass unmittelbar nach einem Verkauf von Baugrundstücken auch ein entsprechender Rückfluss der insoweit mit diesen Aufwendungen verbundenen Kreditaufnahmen vorgenommen wird.

Finanzierung der Investitionen, Schulden

Der Bereich Laufende Verwaltung des Finanzhaushaltes ist nicht in der Lage, einen nennenswerten Betrag zur Kreditvermeidung zu leisten. Infolge dessen ist es notwendig, den vorstehenden Investitionssaldo vollständig mit Krediten zu finanzieren.

Die wirtschaftliche Situation der Gemeinde Rastede erlaubt, gerade auch unter Berücksichtigung der Art der Investitionen, eine solche Kreditfinanzierung.

Wie hoch aber die Gesamtverschuldung zum 31.12.2011 und damit zum 31.12.2012 sein wird, ist noch nicht klar. Im Frühjahr 2011 wurde außerplanmäßig eine Sondertilgung in Höhe von 1.342.000 Euro vorgenommen, womit das letzte Kreditmarktdarlehen getilgt wurde. Bis zur Erstellung dieser Sitzungsvorlage wurde auch noch kein Kredit aufgenommen, obwohl die Haushaltssatzung für 2011 ein Kreditvolumen von 4.503.88 Euro vorsieht. Für 2012 muss mit der Bildung von Haushaltseinnahmeresten gerechnet werden.

Bewertung der Haushaltssituation 2012 und Folgejahre

Für 2012 und Folgejahre ist deutlich darauf hinzuweisen, dass ein Festhalten an dem bisherigen Standard in allen öffentlichen Einrichtungen bei womöglich noch zu erwartenden Ausbau derselben nicht zu realisieren sein wird. Die mit den Einrichtungen verbundenen Aufwendungen sowie die Erwartungshaltung hieran übersteigen die dafür benötigten Einnahmen. Dabei werden zwei Szenarien unterstellt: Bezogen auf den derzeitigen Aufgabenbestand ist die Verweigerung von Aufwendungen nur noch partiell möglich; wesentliche Einsparungsergebnisse sind allerdings nicht zu erwarten. Andererseits wird auch auf der Grundlage der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung nicht zu erwarten sein, dass sich zusätzliche Einnahmen insbesondere im Bereich der so genannten allgemeinen Deckungsmittel realisieren lassen.

Die politischen Gremien müssen deshalb zeitnah Vorsorgemaßnahmen treffen, um nicht nur die öffentlichen Einrichtungen in ihrer Qualität nachhaltig zu sichern, sondern auch, um politischen Gestaltungsspielraum zu behalten bzw. zum Teil überhaupt wieder zu gewinnen. Hierzu werden von der Verwaltung in den nächsten Monaten Vorschläge unterbreitet werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Siehe Sach- und Rechtslage.

Anlagen:

- Anlage 1: Stellenplanübersicht mit Erläuterungen
- Anlage 2: Investitionsprogramm
- Anlage 3: Mittelanmeldungen Produkte
- Anlage 4: Mittelanmeldungen Kostenstellen
- Anlage 5: Mittelanmeldungen Unterhaltung Gebäude
- Anlage 6: Mittelanmeldungen Unterhaltung Grundstücke
- Anlage 7: Übersicht über Produkte und Kostenstellen

Zu den Anlagen ist folgendes auszuführen:

Die Haushaltsplanung nach doppischen Gesichtspunkten erlaubt ohne umfangreiche zusätzliche Informationen keinen Einblick in Details. Dies ist vom Gesetzgeber ausdrücklich auch nicht so gewollt, weil er davon ausgeht, dass die Politik mit dem Haushaltsplan politische und finanzwirtschaftliche Rahmendaten festlegt und es der Verwaltung überlässt, wie im Einzelnen die Ziele erreicht werden. Die Rechtslage sieht diese „Arbeitsteilung“ bewusst so vor.

Die Gemeinde Rastede handelt traditionell allerdings nicht so; sie hat der Politik bisher alle gewünschten Detailinformationen geliefert, die es ihr erlauben, im Einzelnen die Wege zu verfolgen, wie die Verwaltung die beschlossenen Ziele erreicht.

Die Anlagen sind wie folgt zu verstehen:

Die Gemeinde Rastede hat in ihrer Finanzbuchhaltung eine umfangreiche Kostenrechnung implementiert, die es erforderlich macht, Haushaltsplanung auf Kostenstellenebene zu machen und, soweit eine Kostenrechnung nicht besteht, auf Produktebene. Diese grundsätzliche Unterteilung ist der Grund für die unterscheidenden Anlagen Mittelanmeldung - Produkte und Mittelanmeldung - Kostenrechnung. Die Kostenrechnung umfasst die Bereiche Abwasser, Straßenreinigung, Märkte, Kindertagesstätten und Hallenbad.

Eine Sonderstellung nehmen die Anlagen Mittelanmeldungen Unterhaltung Gebäude und Unterhaltung Grundstücke ein. Dieser Planungsbereich berührt ausschließlich den Geschäftsbereich Liegenschaften. Diese Organisationseinheit ist eine Service leistende Einrichtung, die grundsätzlich sämtliche Gebäude und Grundstücke bewirtschaftet. Die Erstellung der Ersten Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 wurde als Gelegenheit genutzt und zum Anlass genommen je Gebäude und dazugehörige Grundstücke eine Kostenstelle zu bilden und darauf die Haushaltsplanung zu betreiben. Diese detaillierte Planung erlaubt es zudem, kostenstellenmäßige Salden auf die Produkte per „Warmmiete“ zu verteilen. Dieser besonderen Form der Haushaltsplanung und der Notwendigkeit einer Warmmietenberechnung ist es gezollt, dass die beiden genannten Anlagen in Form einer Matrix aufgebaut sind. Je Gebäude und dazugehörigem Grundstück kann also die Aufwands- und Ertragssituation betrachtet werden.